

Andreas Schwegel

Brennpunkte des Terrorismus

*Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (Hrsg.):
Jahrbuch Terrorismus
2006*

und

*Jahrbuch Terrorismus
2007/2008, Verlag Barbara
Budrich, Opladen &
Farmington Hills
2007/2008, je 259 Seiten
und 24,90 Euro.*

Die vom Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel herausgegebenen Jahrbücher *Terrorismus 2006* und *Terrorismus 2007/2008* sind als Kompendien zuverlässiger Informationen gedacht. Im einführenden Teil werden jeweils knapp und präzise die zentralen Begrifflichkeiten und Erscheinungsformen des Phänomens Terrorismus sowie die Rahmendaten für 2006 bis 2007 geliefert. Die Hauptteile widmen sich dem Geschehen in zahlreichen regionalen Brennpunkten, insbesondere Irak, Libanon/Israel, Afghanistan, Pakistan, Tschetschenien (2006),

Indien (2006), Algerien (2007/2008) und Sri Lanka. Dabei ist das Hauptaugenmerk auf den islamistischen Terrorismus gerichtet. Schließlich gehen beide Bände auf Konzepte und Strategien der Terrorismusbekämpfung in Europa, in den USA, in Israel und im UN-Rahmen ein. Zahlreiche Grafiken mit einer Fülle von aufbereiteten Daten veranschaulichen die wichtigsten globalen Trends.

Eskalation der Gewalt

Das Jahr 2006 war in zahlreichen kritischen Regionen gegenüber den Vorjahren mit einer sprunghaften Gewalteskalation, insbesondere einem Erstarren islamistischer Terrorgruppen, verbunden. Das hohe Niveau terroristischer Anschläge hat sich 2007 fortgesetzt. Zu den besonders stark betroffenen Ländern zählen der Irak, Afghanistan und Pakistan. Robin Schroeder schildert im *Jahrbuch 2006*, wie sich der Irak zu einem weltweiten Kristallisationspunkt militanter Isla-

misten entwickelt hat. Der Aufstand gegen die US-geführten Koalitionskräfte ist zunehmend durch gewaltsame Konflikte zwischen den verschiedenen ethno-religiösen Gruppen des Landes überlagert worden. Dabei sind es primär sunnitische, häufig ausländische Extremisten der sogenannten „El Kaida im Zweistromland“ gewesen, die durch eine Terrorkampagne gegen den schiitischen Bevölkerungsteil eine Eskalation der Gewalt provoziert und schiitische, teilweise vom Iran geförderte Terrormilizen auf den Plan gerufen haben. Die US-geführten Koalitionstruppen und irakische Sicherheitskräfte schienen mit den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Teilen des Landes immer mehr überfordert. Allein in den Monaten September und Oktober 2006 wurden 130 irakische Gewaltopfer zum täglichen Durchschnitt. Im Jahr 2007 setzte sich, wie Robin Schroeder im Folgeband darstellt, die anhaltend hohe Gewaltinten-

sität im Zweistromland zunächst fort. Ab Juli 2007 hat allerdings eine allmähliche Stabilisierung der Sicherheitslage eingesetzt. Dazu hat wesentlich eine spürbare US-Truppenverstärkung im Großraum Bagdad beigetragen. Zudem ist es durch eine differenzierte Anti-Terror-Strategie gelungen, den Schutz der Zivilbevölkerung zu erhöhen, einen Teil der sunnitischen Aufständischen zu (re)integrieren und das El-Kaida-Netzwerk zu schwächen. Trotzdem bleibt Letzteres ein gefährlicher Unruhefaktor und hat vor allem im Nordirak neue Terrorzellen gebildet, während im Süden des Landes militante Schiiten mit Rückendeckung aus Teheran ihren Einflussbereich auszuweiten trachten.

Aktuell scheint nicht der Irak, sondern Afghanistan das bestimmende Zentrum islamistischer Gotteskrieger zu werden. Joachim Krause zeigt im *Jahrbuch 2006* auf, dass sich vor gut zwei Jahren die bewaffnete Dschihadisten-Szene unter Führung der Taliban in Afghanistan erfolgreich reorganisiert hat. Dabei spricht die wachsende Zahl an Selbstmord- und Sprengfallenattacken auf die NATO-Schutztruppe ISAF für eine Übernahme von Kampfmethoden aus dem Irak – ein Prozess,

der sich bis heute stetig verschärft hat und zunehmend auch Bundeswehr-Kräfte im Norden des Landes betrifft. Umso wichtiger ist es, den Sicherungsauftrag der ISAF einer zunehmend verunsicherten Öffentlichkeit plausibel zu machen. Es gilt, die fatalen Folgen eines voreiligen Rückzugs aus Afghanistan für die Region, das transatlantische Bündnis und die Sicherheit des Westens zu verdeutlichen. Darauf weisen Kristina Eichhorst, Holger Ahlers und Florian Grubitzsch im *Jahrbuch 2007/2008* in einer überzeugenden Analyse des Bundeswehr-Einsatzes und der innenpolitischen Stimmungslage in Deutschland eindringlich hin. Das bedeutet natürlich auch, dass die Regierung und die sie tragenden Parlamentsfraktionen über die Risiken des Einsatzes und die Notwendigkeit einer „robusten“ militärischen Komponente in Afghanistan stärker aufklären.

Instabiler Grenzraum

Haupt-Risikofaktor für die Sicherheit Afghanistans ist die völlig instabile Lage im afghanisch-pakistanischen Grenzraum, worauf Carsten Michels im *Jahrbuch 2007/2008* explizit eingeht. Dieses unwegsame, von pakistanischen Sicherheitskräften kaum

kontrollierte und daher quasi „staatsfreie“ Gebiet ist zu einem Rückzugs- und Aktionsraum starker militant-islamistischer Kräfte geworden. Das Ausmaß der terroristischen Bedrohung für die Region reicht noch weiter. So schildert Diana Witt im *Jahrbuch 2006* die bis heute dauernde Unterstützung von Teilen des pakistanischen Sicherheitssektors, insbesondere des Geheimdienstes „Inter Services Intelligence“ (ISI), für islamistische Terrorgruppen, die als „verlängerter Arm“ pakistanischer Interessen in Afghanistan, aber auch in Indien zum Einsatz kommen. Solange jedenfalls Dschihadisten im afghanisch-pakistanischen Grenzraum ein nahezu „staatsfreier“ Ruhe- und Aktionsraum zur Verfügung steht, wird Afghanistan nachhaltig gefährdet sein. Ob daraus eine manifeste Terrorbedrohung für das pakistanische Kernland selbst erwächst, ist schwer abzuschätzen. Andreas Beyer und Philipp Litty beleuchten im *Jahrbuch 2007/2008* ausführlich die verfahrenemachtpolitische Lage in Pakistan. So gab es spektakuläre Versuche militanter Islamisten, den Terror von der Grenzregion in das Kernland zu exportieren, beispielsweise im Juli 2007 durch die gewaltsam besetzte Besetzung der „Ro-

ten Moschee“ in Islamabad. Einen inneren Zerfall Pakistans oder gar das denkbar schlimmste Szenario eines „nuklear bewaffneten Kalifats“ sehen Beyer/Litty indessen nicht.

Bedrohung aus dem Libanon

Einen weiteren regionalen Brennpunkt bilden die Aktivitäten der im Libanon operierenden Hisbollah. Anschaulich analysieren Joachim Krause und Robin Schroeder im *Jahrbuch 2006* die multiplen Strukturen und die gegen Israel gerichtete Langzeitstrategie der Hisbollah. Die vom Iran gesponserte extremistische Schiiten-Organisation verfügt im Libanon über einen nahezu ungestörten Ruhe- und Rückzugsraum. Durch gezielte Entführungs- und Tötungsaktionen im libanesisch-israelischen Grenzgebiet haben Aktivisten der Hisbollah im Sommer 2006 einen Waffengang der israelischen Armee provoziert. Diese musste in verlustreichen Gefechten im Süd-Libanon schmerzhaft feststellen, dass die Hisbollah mittlerweile über eine hoch gerüstete militärische Organisation verfügt. Die Schiitenmiliz ging, wie die Autoren überzeugend herausarbeiten, nicht als militärischer, aber als psychologischer Sieger aus dem

Krieg hervor und hat damit ihr Renommee unter radikalen Islamisten erheblich gesteigert. Darüber hinaus verdeutlicht Jan Asmussen im *Jahrbuch 2007/2008* die jüngsten Bestrebungen der Hisbollah, ihre bewaffnete Organisation auszubauen und sich gleichzeitig über ethno-religiöse Grenzen hinweg als innenpolitischer Machtfaktor im Libanon zu etablieren. Sie bleibt aber in ihrem Einflussbereich auf den schiitischen Bevölkerungsteil weitgehend begrenzt, wofür auch ihre enge Anbindung an das theokratische Regime in Teheran spricht. Der Iran sieht in der Hisbollah weiterhin, so Asmussen, „eine Vorhut im Kampf gegen Israel, das als amerikanischer Fremdkörper im islamischen Haus angesehen wird, den es zu beseitigen gilt“ (Seite 139).

Entsprechend richtet Israel seine nationale Sicherheitsstrategie mittlerweile prioritär auf die Bekämpfung von Terrororganisationen aus, die seine staatliche Integrität bedrohen und dabei immer stärker von militärischen Mitteln Gebrauch machen. Patrick Rosenow analysiert im *Jahrbuch 2006* die israelische Anti-Terror-Politik, die für ihre robusten Methoden wie das gezielte Töten von mutmaßlichen Terroristenführern oftmals scharf kritisiert wird.

Mit nüchternem Blick erläutert Rosenow die rechtlichen Probleme der „proaktiven“ Instrumente der israelischen Terrorismusbekämpfung, zeigt aber ebenso plausibel auf, dass es sich insgesamt um eine keineswegs maßlose Strategie handelt. Hinzu kommt, dass die israelische Regierung verstärkt Rücksicht auf die eigene Bevölkerung nehmen muss. Diese reagiert auf Maßnahmen mit hohen zivilen Opfern zunehmend kritisch, wie der Libanon-Krieg im Sommer 2006 gezeigt hat.

Anti-Terror-Kampf

Ausgewogen nimmt sich auch die Analyse der US-Terrorismusbekämpfung im *Jahrbuch 2006* durch Joachim Krause aus. Er schildert eingehend die Schwierigkeiten der Bush-Administration, die verschiedenen staatlichen Sektoren – Heimatschutz-Behörden, Ermittlungsbehörden, Justiz, Nachrichtendienste und Militär – seit dem 11. September 2001 neu zu formieren und zu bündeln. Immerhin ist es gelungen, einen weiteren Megaanschlag bis jetzt zu verhindern, zahlreiche Anschlagversuche durch islamistische Fanatiker auf US-Territorium konnten erfolgreich vereitelt werden. Gleichwohl bestehen bedenkliche rechtliche Grauzonen

im operativen Anti-Terror-Kampf, die am Beispiel des PATRIOT-Acts und der Internierung von mutmaßlichen Terroristen in Guantánamo kritisch dargestellt werden, ohne in eine Pauschalverurteilung der US-Politik unter Bush junior zu verfallen.

Nationale Maßnahmen

Eine differenzierte und nüchterne Betrachtung staatlicher Terrorismusbekämpfung kennzeichnet auch die Beiträge zu ausgewählten europäischen Ländern (Frankreich, Großbritannien, Spanien, Deutschland, Nordirland). Sie beleuchten die militante Islamistszene in Europa, nicht zuletzt die wachsende Bedrohung durch *homegrown terrorism*. Im Mittelpunkt stehen die Maßnahmen der nationalen Sicherheitsbehörden, die administrativen Reformen und die Sicherheitsgesetzgebung in den jeweiligen Staaten.

So verdeutlichen Simone Wagner im *Jahrbuch 2006* und Peter R. Neumann im *Jahrbuch 2007/2008*, dass insbesondere der britische Gesetzgeber weitreichende präventivpolizeiliche Eingriffsmöglichkeiten geschaffen hat. Diese mussten nach erbitterten innenpolitischen Kontroversen und richterlichen Interventionen teilweise wieder zurückgenommen

werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Großbritannien aufgrund seiner Teilnahme am Irak-Feldzug und seiner *special relationship* zu den USA verschärft im Feindraster militanter Islamisten steht, wie der verheerende Anschlag auf das Londoner Verkehrsnetz 2005 und eine Reihe vereitelter Anschlagversuche in den Folgejahren gezeigt haben.

Auch Deutschland ist keineswegs nur Ruhe- und Rückzugsraum, sondern rückt zunehmend selbst in das Zielspektrum islamistischer Terrorzellen. Der knapp gescheiterte „Kofferbombenanschlag“ auf zwei Regionalzüge 2006 hat die Sicherheitsdebatte im Innern neu entflammt, auf die Wilhelm Knelangen im *Jahrbuch 2006* ausführlich eingeht. Mit der neu geschaffenen „Antiterror-datei“ wurde die Informationsvernetzung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten forciert, Letztere erhielten außerdem erweiterte Auskunftsrechte. Wie real die Bedrohungslage ist, haben die weit gediehenen Anschlagplanungen einer im Sauerland verhafteten Terrorzelle 2007 erneut vor Augen geführt. Trotzdem folgt der Kampf gegen den militanten Islamismus in Deutschland offensichtlich keiner kohärenten

Strategie, wie sie Frankreich durch ein Weißbuch zur Terrorismusbekämpfung im Mai 2006 und Großbritannien durch sein Anti-Terror-Strategiepapier im Juli 2006 festgelegt haben.

Die hierzulande zuge-spitzte Kontroverse um die geplante Stärkung des Bundeskriminalamtes mit neuen Befugnissen bei der Abwehr terroristischer Gefahren vermittelt leider den Eindruck, dass ein tieferes Verständnis für die Bedrohungsdynamik des gewalttätigen Islamismus allenfalls in Fachkreisen zu finden ist. Es wäre daher wünschenswert, dass die Reihe *Jahrbuch Terrorismus* fortgesetzt würde und über Expertenzirkel hinaus auf ein breites Interesse in der Öffentlichkeit stieße. Mit ihren ertragreichen und gut geschriebenen Analysen schärfen die beiden Jahrbücher den Blick für terroristische Gefahrenpotenziale und mögliche Sicherheitslücken. Die Beiträge sind durchweg auf das Wesentliche konzentriert. Zudem zeichnet sie aus, dass auch wichtige ausländische Quellen und Fachpublikationen ausgewertet werden. Wünschenswert wäre allerdings, dass im nächsten Jahrbuch weitere Brennpunkte wie beispielsweise Somalia oder Kolumbien aufgenommen würden.